

Zum gesunden Menschenverstand

MEINUNG Deutschland bietet ein Beispiel, wie mit Ideologie und Narrativen das Potenzial eines Landes verspielt wird und die Wähler zu Protestparteien getrieben werden. Doch es ist noch nicht zu spät. **PRINZ MICHAEL VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.» Mit diesem Zitat erinnerte der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl 1995 an Ereignisse der nationalsozialistischen und kommunistischen Vergangenheit. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hatten wieder zusammengefunden und sich von den spaltenden Fesseln des Kommunismus gelöst.

Die Ideologie von Gleichheit, klassenloser Wohlfahrt und einem «demokratisch» legitimierten Zentralismus, mit welcher das kommunistische System die nationalsozialistische Ideologie ausmerzen wollte, war gescheitert. Die DDR hatte gezeigt, dass eine ideologisch gesteuerte Gesellschaft in ein fremdbestimmtes Leben führt, in dem eine Kaste von Funktionären Macht und Kontrolle über die Bürger ausübt. Ideologisch geleitete Menschen ändern ihre Meinung nicht, auch wenn die Realität noch so sehr das Gegenteil beweist. Ideologien bauen auf starren Denkmustern, die den Blickwinkel verengen. Alles, was dem zuwiderläuft, wird als Bedrohung taxiert.

Menschen lassen sich von ideologischen Vorstellungen blenden, weil sie die vermeintliche Realität pointiert erklären und vereinfachte Lösungen für Ängste, Befindlichkeiten, Erwartungen etc. propagieren. Ideologien weisen der breiten Masse einen Weg und entziehen ihr die Verantwortung, Dinge selbst zu hinterfragen und Entscheidungen zu treffen. Der kommunistischen Ideologie (das Kollektiv) lag das Narrativ zugrunde, ein Gesellschaftssystem zu etablieren, in dem alle gleichwertig am Leben teilhaben und an allem gleichberechtigten Anspruch haben sollten. Im Ergebnis hatte die Bevölkerung ihr Leben nach dem Gutdünken einer Parteispitze zu gestalten, Kritik wurde abgestraft.

Rückschritt statt Fortschritt

Kohls Zitat verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Geschichte zu kennen, um zu verstehen, wie sich Gesellschaften entwickeln können. Der Blick auf vergangene Ereignisse zeigt, was es für eine prosperierende Gesellschaft braucht: Eigenverantwortung, gesunden Menschenverstand und Pragmatismus, um gesellschaftlichen Hypes und Strömungen begegnen zu können. Das Aus der deutschen Ampelkoalition veranschaulicht, wohin es führen kann, wenn dies negiert wird und Ideologien und Narrative die Politik bestimmen. Unter der Ära Merkel büsste Deutschland wesentlich an Führungsstärke und Wettbewerbsfähigkeit ein. Das Griechenland-

Debakel mit dem Euro-Rettungsschirm verschärfte das Nord-Süd-Gefälle. Der Anspruch nach einer Energie-wende verkam zu einer teuren Energiekrise. Die Willkommenspolitik lockte Millionen von Migranten nach Deutschland und stellt das Land sozial wie auch wirtschaftlich vor grosse Herausforderungen.

Es waren populistisch motivierte Manöver, um eigene Positionen zu stärken und sich die Wählergunst links der Mitte zu sichern. Anstatt gegenzusteuern, hat die Ampelkoalition dieses Vermächtnis akzentuiert, wodurch die deutsche Wirtschaft und der gesellschaftliche Zusammenhalt kollabieren. Die Ampelkoalition wollte mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit für alle. Die Klimakrise sollte bekämpft werden, der deutsche Industriestandort zu alter Stärke zurückfinden und das Leben wieder einfacher und bezahlbarer werden. Stattdessen hielt keines der Ziele. Der Grundsatz, mit Wokeness und Zeitgeist wichtige Faktoren wie Leistung, Fleiss und Kreativität zu ersetzen, kann nicht wirken.

Im Zug der Russlandinvasion in der Ukraine 2022 wandte sich Bundeskanzler Scholz mit dem Narrativ der «Zeitenwende» an die Bevölkerung. Mit einer Argumentationskette aus deutscher Solidarität, stärkeren Verteidigungsanstrengungen und der Bedeutung der deutschen Bundeswehr verkaufte er der Bevölkerung die Notwendigkeit eines Sondervermögens von rund 100 Mrd. €. Allerdings geschah fast nichts. Das anfangs heroisch propagierte Koalitionsprogramm geriet ins Abseits. Anstatt drängende Themen wie Wirtschaft, Migration, Deutschlands Aussenpolitik und die Stärkung des deutschen Unternehmertums in Angriff zu nehmen, verzettelte sich die Ampelkoalition in Parteipläneln und utopischen Zukunftsversprechungen, die als alternativlos dargestellt wurden und zulasten aller gingen, insbesondere des Mittelstands.

Die Ampelkoalition war ein politisches Arrangement, das fernab der Realität agierte und stark von linksgerichteten Ideologien bestimmt wurde. Deutsches Unternehmertum wurde gegängelt, wichtige Ministerien mit Personen besetzt, die den Aufgaben nicht gewachsen waren. Dem liberaldemokratischen Koalitionspartner gelang es nicht, eine vernünftige Wirtschafts- und Steuerpolitik durchzusetzen. Finanzminister Christian Lindner schlug ein fundiertes, sinnvolles Finanz- und Wirtschaftsprogramm vor. Es hätte jedoch eine Abkehr von den ideologischen Plänen der Sozialdemokraten und Grünen bedeutet. Scholz reagierte, indem er Lindner entliess und das Ende der Ampelkoalition besiegelte.



«Wokeness und Zeitgeist können nicht Fleiss und Kreativität ersetzen.»

Milei zwischen Boom und Bangen

MEINUNG Der Präsident hat Argentinien verbessert. 2025 wird zum Prüfstein. **ARNO SCHMOCKER**

«Menschen leiden, die Börse boomt.» Diesen Titel schrieb die «Woche-zeitung» (WoZ) Anfang Dezember zu einem Artikel über Javier Mileis erstes Amtsjahr als argentinischer Präsident. Beides stimmt. Die Bevölkerung des südamerikanischen Andenstaats leidet tatsächlich – nur ist das weniger Folge von Mileis rigoröser Politik des Staatsabbaus, sondern vielmehr von acht Jahrzehnten links-peronistischer Verschwendungspolitik.

Die Wahl des Quereinsteigers – ohne grossen Parteiparat im Rücken – im November 2023 war vor allem in der Deutlichkeit überraschend. Der Ökonom hatte keine Geschenke verteilt, um Wählerstimmen zu gewinnen. Im Gegenteil: Milei bereitete das Land auf eine harte Wirtschaftskur vor.

Tausend Vorschriften weg

Auf dem Heimweg vom Weltwirtschaftsforum in Davos, wo er zuvor in einer wenig inspirierenden Rede über die Gefahr des «Wokeismus» gewettert hatte, stattete der argentinische Staatspräsident dem Liberalen Institut in Kloten einen Besuch ab – schliesslich galt es, den diesjährigen Röpke-Preis in Empfang zu nehmen.

Der deutsche Ökonom und Philosoph Wilhelm Röpke, Vertreter der liberalen «Österreichischen Schule», ist einer der geistigen Leitfiguren im Denken und Handeln Mileis. Röpke kämpfte gegen das Naziregime, gilt als «Vordenker» der sozialen Marktwirtschaft und emigrierte

dann 1933 nach Genf – auch das zeigt, dass Etiketten wie «rechtsextrem» für Milei absurd sind.

In seiner Preisrede beim Liberalen Institut konzentrierte sich Milei auf seine bisherigen wirtschaftlichen (und gesellschaftlichen) Erfolge. Seiner Regierung gelang es besonders, die Hyperinflation zu bändigen.

«Wie lange Milei Reformen weiterführen kann, hängt von der Entwicklung der Armut im Land ab.»

Jahrelang hatte Argentinien zu den Ländern mit der weltweit höchsten Teuerung gezählt. Die Zentralbank musste kontinuierlich Geld drucken, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Bis April 2024 stieg die Jahresinflation auf 289%, seither hat sie sich mehr als halbiert. Die Monatsrate ist innerhalb eines Jahres von über 20 auf 2,7% gesunken: «Wir sind dem Ziel näher gekommen, dass Inflation in Argentinien nur noch eine schlechte Erinnerung ist», sagte Milei.

Der argentinische Präsident hat den unter den Vorgängerregierungen grotesk aufgeblasenen Staatsapparat reduziert. Mehr als 900 Regulierungen hat Milei aufheben lassen, drei pro Tag, weitere 3200 Vorschriften harren der Abschaf-

fung. Schon zu Beginn hatte er 33000 Staatsangestellte entlassen, ein wesentlicher Grund für die vorübergehend steigende Arbeitslosigkeit.

Wahltag ist Zahhtag

Wie lange Milei seine Reformen weiterführen kann, hängt wesentlich von der Entwicklung der Armut im Land ab. Auch sie stieg bis Mitte Jahr, als sie den Wert von 53% erreichte. Im dritten Quartal 2024 ist die Quote laut Milei auf 38% gesunken, wobei nicht klar ist, ob er sich auf die gleiche Datenbasis stützt. Er habe «neun Millionen Argentinier aus der Armut geholt», betonte er.

Das ist erst ein Anfang. Steuerreformen und Investitionsförderungsprogramme in Bereichen wie Infrastruktur und Bergbau (Lithium, Kupfer, Uran etc.) sollen die Wirtschaft ankurbeln. Die einengenden Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen würden dieses Jahr «ein für alle Mal» eliminiert, versprach Milei. Für 2025 sagt der IWF ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 5% voraus.

Aktienkurse, Anleihenbewertungen und die Zustimmung für Milei sind Indikatoren, die zuversichtlich stimmen. Wahltag ist Zahhtag: Am 26. Oktober sind in Argentinien Zwischenwahlen angesagt, bei denen die Hälfte des Parlaments neu gewählt wird. Eine deutliche Stärkung der dünnen Basis seiner Partei La Libertad Avanza würde Milei Rückenwind verleihen für seine Reformen.

Danach folgten Schuldzuweisungen und der Versuch, die Liberaldemokraten zum Sündenbock zu machen.

Die vorgezogenen Neuwahlen werden zeigen, wie die Bevölkerung dieses parteipolitische Gerangel billigen wird. Ein verstärkter Zulauf zu Protestparteien dürfte nicht verwundern und es wäre unklug, den diesbezüglichen Wählerwunsch zu ignorieren. Ein Grundsatzproblem nicht nur in Deutschland ist, dass politische Gruppierungen ihre originäre Identität und ihren Fokus verloren haben. Sozialdemokraten vertreten nicht mehr die arbeitende Bevölkerung, sondern im Wesentlichen jene, die nicht arbeiten wollen. Christlich geprägte Volksparteien repräsentieren weniger eine breite konservativbürgerliche Mittelschicht und versuchen vermehrt, Wähler des linken Politspektrums zu gewinnen. Ähnlich geht es den liberalen Parteien. In Folge ist die Mehrheit der Bevölkerung politisch heimatlos, ein idealer Nährboden für Protestparteien.

Aus der Geschichte lernen

Koalitionsparteien tendieren dazu, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen und alles, was sich ihrem Denkmuster widersetzt, als «radikal» auszugrenzen. Das befeuert eine irrationale Politik. Es geht nicht mehr um Bürgerinteressen, sondern um den Erhalt von Machtpositionen. Ursprüngliche Werte, mit denen sich Freiheit und Wohlstand etablieren liessen, werden marginalisiert. Politik sollte dem langfristigen Interesse bestehender und zukünftiger Generationen dienen. Das bedingt Mut, Strömungen und Hypes zu widerstehen, die kurzfristig Wählerstimmen einbringen; für originäre Werte einzustehen; in den Dialog zu treten, statt auszugrenzen; zu eigenen Entscheidungen zu stehen.

Ideologien verfestigen Meinungen zu Glaubensfragen und behindern eine realitätsnahe Politik. Eine 2023 veröffentlichte Studie des Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM) der Technischen Universität Dresden zum Thema «Polarisierung in Deutschland und Europa» kam zum Ergebnis, dass Bevölkerungsgruppen, die sich politisch dem linken, grünen oder ökologischen Spektrum zuordnen, deutlich stärker polarisiert und intoleranter gegenüber abweichenden Meinungen sind. Polarisierende, moralisierende Narrative spielen dabei eine zentrale Rolle. Doch wie die Geschichte zeigt, funktionieren Ideologien nicht. Es wäre wichtig, aus der Geschichte zu lernen, um politische Entscheidungen mit Pragmatismus und gesundem Menschenverstand zu fällen und die Bedeutung der Privatwirtschaft für das Gesamtwohl zu verstehen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablisement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation.

Der KI-Hype fängt jetzt erst an

MEINUNG Die Folgen des DeepSeek-Schocks. **VALENTIN ADE**

Die ewige Revolution der Tech-Welt geht weiter. Das chinesische Start-up DeepSeek stürzt mit seiner Anwendung der künstlichen Intelligenz (KI) das amerikanische Silicon Valley in die Krise. US-Tech-Aktien, insbesondere die Titel von Nvidia, schmieren ab. Der Chipriese hat an einem Tag rekordhohe rund 600 Mrd. \$ an Börsenwert verloren.

DeepSeek soll nicht auf die High-End-Halbleiter von Nvidia angewiesen sein, soll in der Entwicklung nur ein paar Millionen gekostet haben, während Microsoft, Meta und Co. Milliarden in die Entwicklung ihrer KI-Modelle stecken. Und dann stellen die Chinesen ihren Code auch noch öffentlich zur Verfügung (Open Source).

Ist die Party an der US-Börse also jetzt vorbei? Hat das Thema KI, das seit Anfang 2023 die Rally in New York getragen hat, jetzt ausgedient? Vor Untergangsfantasi- en sollte man sich generell hüten, und im Speziellen sind die Versprechungen der KI mit dem Auftauchen von DeepSeek nicht dahin, die Konkurrenz ist mit dem chinesischen Billiganbieter nur schärfer geworden. Und was passiert, wenn Dinge günstiger werden? Die Nachfrage steigt, siehe andere Technologien wie Autos und Computer.

Alle Unternehmen, die KI nutzen – und das ist heute fast jede Branche –, können nun potenziell noch mehr Kosten einsparen, was unter Strich zu mehr Gewinn und im Endeffekt zu steigenden Aktienkursen führt. Auch Nvidia kann sich erholen, denn zum Training der KI-

Mehr Aktientipps

Viele unserer Leserinnen und Leser schätzen sehr, dass «Finanz und Wirtschaft» konkrete Anlage-tipps gibt. Deshalb geben wir für alle wichtigen Schweizer Aktien klare Empfehlungen und stellen auch immer wieder ausländische Perlen vor, denen wir gute Chancen auf Kursgewinne zuschreiben. Sie wollen gerne noch mehr davon? Dann haben Sie Glück. Ab heute kriegen Sie noch mehr Tipps, und zwar zuverlässig weitere fünf pro Woche.

Online veröffentlichen wir an jedem Börsentag um die Mittagszeit unseren «Aktientipp des Tages». Wer gerne Print liest, bekommt die Tipps natürlich auch, und zwar am Mittwoch und am Samstag. Es lohnt sich also noch mehr, jeden Tag auf unsere Website zu schauen, um den jüngsten Tipp auf keinen Fall zu verpassen.

Mit folgendem Lineup fangen wir an: In der ersten Wochenhälfte publizieren wir den FuW-Kauftipp aus dem Schweizer Aktienuniversum sowie den Ihnen vielleicht bekannten Hot Corner, der sich mit einer riskanten, aber lohnenden Wette aus den internationalen Finanzmärkten beschäftigt. In der zweiten Wochenhälfte gibt es dann einen Tipp aus den USA, alternierend Tipps aus Asien und Europa sowie einen ETF-Tipp, der sich mit der Empfehlung eines Aktienanalysten abwechsel.

So sollte für jedes Risikoprofil etwas dabei sein. Möchten Sie keinen dieser und der anderen Tipps verpassen, kann ich Ihnen den FuW-Insider ans Herz legen, der in einem wöchentlichen Mail die wichtigsten Tipps der FuW zusammenfasst. Den Newsletter können Sie umsonst abonnieren. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg mit unseren Aktientipps, jeden Börsentag auf www.fuw.ch oder in der Printausgabe.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
Anlegen